

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
sowie für das Forst-rentamt zu Tharandt.

Sonnabend den 18. Oktober 1919

78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Im Laufe der letzten drei Monate sind die Herren Rittersgutsmitbesitzer **Otto Julius Piehsch in Groitzsch**, Wirtschaftsbesitzer **Max Heber in Limbach**

als **Gemeindevorstände**

der Orte, die Herren Schmiedemeister **Hermann Poppe in Groitzsch**, Gutsbesitzer **Paul Striegler** und Bergarbeiter **Paul Jahn in Kesselsdorf**

als **Gemeindeälteste**

gewählt bzw. wiedergewählt, Herr Rittersgutsbesitzer **Dr. Otto August Runge** als **stellvertretender Gutsvorsteher** für den Rittersgutsbezirk **Weissen** bestellt und von der Amtshauptmannschaft in Pflicht genommen worden.

Weissen, den 9. Oktober 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Zuckerbestandsaufnahme beim Handel betreffend.

Nach Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 1. Oktober 1919 — Sächs. Amtszeitung Nr. 225 — findet am

25. Oktober 1919

Zuckerbestandsaufnahme bei sämtlichen Zuckerhändlern des Landes statt. Die dazu erforderlichen Vordrucke sind bei den **Gemeindebehörden** (Stadträte, Bürgermeister, Amtshauptmannschaften) zu entnehmen. Ausdrücklich können Vordrucke auch bei der Amtshauptmannschaft entnommen werden.

Zuckerhändler, die der Anzeigepflicht nicht nachkommen oder wesentlich falsche

Angaben machen, werden gemäß § 32 Nr. 6 der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 914) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen belegt. Im übrigen wird auf die in den Amtsblättern usw. abgedruckte Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums vom 1. Oktober 1919, verwiesen.

Weissen, am 16. Oktober 1919.

Nr. 5210 b II F

Die Amtshauptmannschaft.

Ausfuhr- und Beförderungs-Verbot für Hafer.

Das durch Bekanntmachung vom 4. September d. J. — Nr. 1309 W — erlassene Haferausfuhrverbot endet mit dem heutigen Tage.

Nach einer solchen ergangenen Anordnung der Reichsgetreidekasse ist jedoch die **Ausfuhr von Hafer** aus dem Kommunalverband und die **Beförderung von Hafer mit der Eisenbahn ohne ausdrückliche Genehmigung des Kommunalverbandes** nach wie vor bis auf weiteres **verboten**. Der Kommunalverband darf dazu die **Genehmigung nur dann erteilen**, wenn es sich um **Haferlieferungen an die Reichsgetreidekasse** handelt oder wenn der in Frage kommende **Haferanbauer seine Pflichtlieferung voll erfüllt hat**.

Mit Zustimmung der Reichsgetreidekasse kann auch in dringenden Fällen zur **Verhütung von Futtermittelnot** in volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben Ausnahme bewilligt werden.

Weissen, am 15. Oktober 1919.

Nr. 1467 W

Kommunalverband Weissen Stadt und Land.

Bewilligung der Beschaffungsbeihilfen in Sachsen.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Das Reichswehrministerium erklärt, daß die Kosten der feindlichen Belagerung im Westen lächerlich etwa drei Milliarden betragen werden.

Das einer Mitteilung der interalliierten Marinekommission nach die Sperre für deutsche Schiffe in der Ostsee auch für die deutschen Territorialgewässer.

Die demokratische Partei lebt in einer offiziellen Fraktionsgemeinschaft eine Feier am 9. November ab.

Die Offizierskader, die seit Jahren in russischer Gefangenschaft schmachten, werden nun endlich nach Deutschland zurückgeführt.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat wird zum ersten Male nach dem Krieg wieder in Berlin am 5. und 6. November tagen.

Die deutschen Stillinternierten in Frankreich sollen in den nächsten Tagen zurückgeführt werden.

Gegen den Berliner Terror!

Berlin, 16. Okt. Das Oberkommando in den Marken teilt mit: Eine tiefe Minderheit von totalen Elementen im Reich der militärischen Wert hat dem Berliner Magistrat die Forderung gestellt, daß entweder die Stromlieferung für die Straßenbahn eingestellt wird oder sie die Arbeit niederlegen. Der Berliner Magistrat hat sich diesem Terror gebeugt. Der Oberbefehlshaber in den Marken, **Roske**, der davon Kenntnis erhielt, hat daraufhin verfügt, daß der Betrieb der Straßenbahnen und die elektrischen Kraftwerke für alle lebenswichtigen Betriebe und die Verkehrsmittel aufrechterhalten werden.

Ein Berliner **CB-Mitarbeiter** schreibt uns: Wir sind in der Reichshauptstadt wieder einmal an einem gefährlichen Wendepunkt ihrer Lebensgeschichte angekommen. Lange genug haben die Schürer und Führer der streitbewegenden den Kampf hingezogen, und die ganze Anlage ließ von vornherein keinen Zweifel daran, daß es diesmal auf einen Dauerstreik abgesehen war. Schritt für Schritt wurden, bald diese, bald jene Arbeitergruppen aus ihren Betrieben herausgezogen, die Kosten des Internierens nicht gar zu bald in riesenhafte Anschwellen zu lassen. Hätte man sich auf Anbieten positive Erfolge davongetragen, wären diese sofort zur Aufstellung neuer Fronten an anderen Punkten der Kampffront verwendet worden. Da sie aber ausblieben, so suchte man durch ständige Ausweitung der Bewegung den Druck auf den Gegner immer mehr zu vergrößern. Jetzt, wo der Zustand der Reichshauptstadt bereits die vierte Woche überschritten hat, ist es schließlich die Polizei und die Arbeiter an ihre Seite getreten, was eine Vermittlung nahezu des gesamten Lebens der Reichshauptstadt zur Folge haben wird. Da bestimmt denn auch die Regierung des alten

Gewerkschaftsführers **Bauer** aus ihrer Verbindungsstimmung zu erwachen, und wenn nicht alles kräftig will sie es versuchen, dem an Erregung grenzenden Zwang durch Anwendung sozialer Machtmittel zu begegnen.

Der **Roske** ist als erster auf dem Weg erschienen. Er hat den Rat, dem Terror der Unabhängigen zu sprechen, die den Berliner Magistrat zwingen wollten — und auch bereits gezwungen hatten —, die Stromlieferung an die eben erst verstaatlichten Straßenbahnen von dem Kraftwerk in Moabit einzustellen. Wenn Herr **Wermuth**, der Hüter der Bürgerpflicht, es für möglich hielt, einer so unerhörten Forderung nachzugeben, der Reichswehrminister ist nicht gelonnen, den Streikenden diesen Triumph zu gönnen. Er hat Befehl gegeben, alle lebenswichtigen, auf Stromzuführung angewiesenen Betriebe im Gang zu halten, und von seiner bekannten Energie darf man hoffen, daß dieser Befehl nicht auf dem Papier stehen bleiben wird. Aber auch seine militärischen Kollegen im Reichskabinett sind nicht länger gewillt, dem Übermut dieser Streikleitungen noch länger die Fägel schlenken zu lassen. Sie glauben nicht mehr an den auch diesmal wieder eifrig vorgeführten wirtschaftlichen Charakter der Bewegung. Ein **Nachkampf** ist es, wie er im Buche steht, mit dem wir es zu tun haben, und wenn die öffentlichen Gewalten ihn nicht auch ihrerseits als solchen behandeln, dann laufen sie Gefahr, daß ihnen die Fägel schon heute oder morgen vollends aus der Hand gerissen werden. Schon erlaubt sich der **Fürstenerausrücker**, der das ganze Kriegsspiel leitet, den Berlinern den Rat zu geben, sie möchten sich möglichst von den Straßen fernhalten — die also, wenn es noch diesen Größen geht, nicht für den Verkehr da sein sollen, wie Herr **v. Jagow** jenseits oder unjenseits Andenkens es seinerzeit verkündete. Nicht nur alle Räder, auch alle Weine sollen stillstehen, wenn der berühmte starke Arm es will. Damit ist wirklich die Grenze dessen erreicht, was eine Regierung noch zulassen kann. Jetzt muß es hart auf hart kommen, sonst können die Berliner einpaden.

Die Regierung allein wird es allerdings nicht schaffen können. Die Bevölkerung muß sich ihr hilflos ergeben und opferwillig zur Seite stellen, wenn der **Größenwahn** dieser Radikalen eine empfindliche Niederlage erleiden soll. Keine andere Rücksicht wollen sie gelten lassen als ihr eigenes Machtbedürfnis, und es läßt sie vollkommen kalt, ob die Armen und Kranken, die Kriegsbeschädigten und die Erwerbslosen hungern und frieren müssen. Was hier vor sich geht, ist Terror in nacktester Form, brutale Gewalt, die auch über die Mehrheit der eigenen Klassen-genossen mitleidslos zur Tagesordnung übergeht. Die dem Treiben muß endlich Halt geboten werden. Die Berliner können jetzt zeigen, ob der Gemeinfinn, der früher zu ihren schönsten Bürgertugenden gehörte, noch in ihnen lebendig ist. An der entschlossenen Abwehr aller gesund empfindenden, arbeitsfreudigen Elemente der Stadt wird schließlich der Anschlag scheitern müssen, der wieder einmal von unverantwortlicher Seite gegen ihre Lebensmöglichkeiten unternommen wird.

Die Streiflage.

Für den Streik der städtischen Bureaubehilfskräfte sollte der Donnerstag der Tag sein, an dem nach der bekannten Aufforderung des Magistrats an die streikenden Bureaubehilfskräfte die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte. Tatsächlich sind auch sehr viele Angestellte dem Rufe gefolgt und einzelne Bureaus arbeiten sogar mit dem vollen Personal. Andere Bureaus sind allerdings ohne Personal. So ist die Betriebskrankenkasse des Magistrats vollkommen lahmgelegt, dagegen soll die Tätigkeit der Brotkommissionen und der Kronenernährung einigermaßen funktionieren. Für die streikenden Hilfskräfte, die nicht zur Arbeit zurückgekehrt sind, wurden bereits Neueinstellungen vollzogen. Da die Streikposten das Publikum gewaltig vom Eintritt in die Bureaus zurückhielten, sind die städtischen Gebäude mit Schutzwachen und Sicherheitsposten besetzt, um Gewalttätigkeiten gegen das Publikum zu verhindern. Die Streikposten dürfen, falls sie Belästigungen unterlassen, lebenbleiben. Trotz der Vorsichtsmaßnahmen sind starke Behinderungen in der Lebensmittelversorgung, der Krankenversorgung und der Erwerbslosenunterstützung entstanden.

Die Verhandlungen im Metallarbeiterstreik müssen zweimal verlagert werden und sollen jeden Augenblick stattfinden. Das Kraftwerk Moabit, durch das die Große Berliner Straßenbahn mit Strom versorgt wird, hat sich für den Streik erklärt. Bis zur Mittagsstunde verkehrten die Straßenbahnen und die Hochbahn ungehindert. In einzelnen Werken sind Decker und Maschinen in den Zustand getreten. Die Berliner Elektrizitätswerke haben erklärt, daß sie vorläufig die Stromlieferung aufrecht erhalten zu können glauben. Die Hoch- und Untergrundbahn verfügt über ein eigenes Kraftwerk und teilt mit, daß bisher über einen Streik in diesem Werk nichts bekannt ist. Mehrere Zeitungen waren gezwungen, gar nicht oder in verringertem Umfange zu erscheinen.

Die Antwortnoten an die Entente.

Gemeinsames Vorgehen mit den Neutralen.

Die letzte Note der Entente über die baltische Frage wird von der deutschen Regierung in den nächsten Tagen beantwortet werden, nachdem der Ausblick für auswärtige Angelegenheiten noch einmal Gelegenheit gehabt hat, sich mit dem Entwurf zu dieser Antwort zu beschäftigen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Reichsregierung noch einmal mit allem Nachdruck versichern wird, daß sie gewillt sei, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um die widerspenstigen Truppenverbände in die Heimat zurückzuführen und etwa sich zeigenden Überstand zu brechen. Graf **v. d. Goltz** wird in Berlin erwartet und unmittelbar nach seiner Ankunft wird ihn die Reichsregierung zur Berichterstattung über seine letzten Schritte auffordern. In parlamentarischen Kreisen wird der Wunsch laut, ihn auch vor dem Ausblick für auswärtige Angelegenheiten zu hören.

Daneben ist mit einer halbjährigen Reorganisation der